

Dienste spionieren munter weiter

Frankfurt am Main: Fachpolitiker berichteten über Resultate der Aufarbeitung des NSA-Skandals

Gitta Düperthal

Eine »anlasslose und massenhafte Datenüberwachung bei Deutschen« durch ausländische wie inländische Geheimdienste findet weiter statt. Darüber waren sich Martina Renner (Die Linke) und Konstantin von Notz (Grüne) am Dienstag abend in Frankfurt am Main einig. Auf Einladung der Frankfurter Initiative gegen Datenspionage/Datenschützer Rhein-Main waren sie in die Bankenmetropole gekommen, um auf einer Podiumsdiskussion über ihre Arbeit im NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages zu berichten. Beide fungieren als Obleute ihrer Parteien in diesem Gremium. Dem Publikum sollten sie erklären, was die Ermittlungen des Ausschusses gebracht haben und was nicht.

Notz bestätigte, dass das US-Generalkonsulat in Frankfurt beim Ausspionieren von Daten eine tragende Rolle gespielt hat. Durch das Auffliegen solcher Vorgänge im Zuge des Skandals um die globale Spionage der National Security Agency (NSA) und anderer Dienste nach den Enthüllungen von Edward Snowden im Sommer 2013 sei öffentlich geworden, dass die NSA mit Hilfe des Bundesnachrichtendienstes Daten deutscher Bürger gesammelt und gespeichert habe. Damit hätten die Geheimdienste danach aber keineswegs aufgehört. Notz erinnerte daran, dass die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses im Sommer 2017 mit einem Eklat endete. Damals war im Abschlussbericht der Regierungsparteien CDU, CSU und SPD postuliert worden, es habe zwar Spionage gegeben, aber keine Verfehlungen im Bundeskanzleramt im Zusammenhang damit. Die Oppositionsparteien legten ein Sondervotum vor, in dem das Gegenteil belegt wurde.

Ein positives Ergebnis des Skandals und seiner Aufarbeitung sieht Martina Renner: Es gebe eine kritische Öffentlichkeit, die sich nicht mehr so leicht hinters Licht führen lasse. Das Prinzip sei schließlich immer das gleiche gewesen, sagte Notz: Der Inlandsgeheimdienst spioniere aus, und deale anschließend mit Daten, die er im Austausch gegen andere Informationen der NSA übergeben habe – oder beispielsweise auch dem britischen Geheimdienst. Das Bundeskanzleramt, das all dies hätte kontrollieren müssen, habe entweder

diese Dinge »nicht gewusst, sie nicht verstanden oder nicht wissen wollen«, so Renner. Künftig gelte es, »den Drehtüreffekt auszuschalten«, meinte sie auf die Frage aus dem Publikum, wie das zu ändern sei. Mitarbeiter beim Kanzleramt, im Innen- und Justizministerium seien zuvor beim BND tätig gewesen oder hätten anschließend zum Geheimdienst gewechselt.

Ein Zuhörer beklagte in der Debatte, dass die hessische Landesregierung von CDU und Grünen das Verfassungsschutzgesetz des Landes novellieren und dem Inlandsgeheimdienst damit noch weitreichendere Möglichkeiten »zum Aushebeln von Grundrechten« zugestehen wolle. Er verwies darauf, dass die Aufhebung des Brief- und Telekommunikationsgeheimnisses, die Wohnraumüberwachung, das Orten von Handys bis zu Eingriffen in das Computersystem zu den Vorhaben des Kabinetts in Wiesbaden gehöre. Notz erklärte dazu, eine »engagierte Öffentlichkeit« müsse all das aufgreifen. Die Antwort auf die Frage, warum die hessischen Grünen dabei mitmachen, blieb er schuldig.

Renner berichtete mit Blick auf den Drohnenkrieg der USA in Nordafrika von Deutschland aus, hier sei ein fatales Versagen von Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik offenbar geworden. Ihr Fraktionskollege Andrej Hunko habe durch eine Anfrage herausgefunden, dass das Auswärtige Amt durch Mitglieder der US-Botschaft bereits am 26. August 2016 darüber informiert war, dass die Air Base Ramstein in Rheinland-Pfalz die »Planung, Überwachung und Auswertung von zugewiesenen Luftoperationen« unterstützt. Die BRD sei also in »rechtswidrige extralegale Hinrichtungen« involviert. Die Regierung hatte das im Ausschuss bestritten.

<https://www.jungewelt.de/artikel/328607.dienste-spionieren-munter-weiter.html>